

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	10. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2019/010)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 23.01.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 23:10 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Große-Schwiep, Josef
Terhalle, Josef
Benölken, Franz
Rudde, Christian
Hemsing, Klaus
Vöcking, Stefan
Woltering, Maria

Vertretung für N.N. (bislang Markus Reehuis)

SPD

Dönnebrink, Andreas
Fischer, Mathilde
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

UWG

Heijnk, Annegret
Schulte, Renate

Vertretung für Felix Ruwe

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Beckmann, Georg

Hoge, Christina

Klose, Alfred

Schröder, Marco

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

UWG

Ruwe, Felix

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.09.2018

- 2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2019
 - 2.1 Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau und die Verbesserung der Radwege in der Stadt Ahaus;
Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019

 - 2.2 Bereitstellung von Mitteln für ein Baumpflanzprogramm 2019;
Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019

 - 2.3 Bereitstellung von Mitteln für die Planung und Realisierung von Bau- und Stellplätzen für Tiny Houses;
Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019

- 2.4 Anpassung der Verkaufspreise städtische Gewerbeflächen;
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
- 2.5 Einrichtung einer Stabstelle CDO (Chief Digital Officer);
Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019
- 2.6 ErzieherInnen von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten entlasten-Qualität in den Kitas steigern;
Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2019
- 2.7 Stadtentwicklungskonzept "Ahaus 2035";
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2019
- 2.8 Sauberkeit der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019
- 2.9 Gesamtanalyse Fahrradwege in der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019
- 2.10 Verbesserung der Parkflächen am AquAHAUS;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2019
- 2.11 Bezahlbarer Wohnungsbau;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2019
- 2.12 Prüfung zum Bau einer Turnhalle an der Pestalozzischule;
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2019
- 2.13 Entwicklung eines Anreizsystems zur Förderung energie- und emissionsmindernder Wohn- und Gewerbebebauung auf städtischen Grundstücken;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019
- 2.14 Öffentliche Toilettenanlagen in der Innenstadt;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019
- 2.15 Einrichtung einer Mobilitätsstation am Bahnhof;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019
- 2.16 Leasing von zehn E-Bikes;
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019
- 2.17 Umbaumaßnahmen an der Aabachschule;
Antrag UWG-Fraktion vom 22.01.2019

3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

4 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

B. Nichtöffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 9. nicht-öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.09.2018

2 Berichterstattung des Fachbereiches Rechnungsprüfung über die Ausführungen der Beschlüsse des Rates und des Haupt- und Finanzausschusses lt. Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses vom 19. Juni 1975

3 Kenntnisnahme der Vergabeentscheidungen der/s Bürgermeisterin/Verwaltungsvorstandes im Jahr 2018

4 Bericht über die geschlossenen Gewerbestandstücksverträge des Jahres 2018

5 Vergaben

5.1 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung;
Pflastermaterial zur Befestigung der Flächen rund um das Kaufhaus Berken und zur Anpassung des öffentlichen Raumes

6 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.09.2018

Die Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 26.09.2018 wird anerkannt.

2 Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2019

Zu Beginn der Haushaltsberatungen erläutert Bürgermeisterin Voß die Vorgehensweise: man werde alle Produktgruppen in ihrer Reihenfolge durchgehen und die bereits vorliegenden Anträge jeweils beim betroffenen Budget ansprechen.

Herr Horst erwähnt, dass es ihm sinnvoll erscheine, die Statistik zu den Flüchtlingszahlen im Haushaltsplan mit aufzunehmen.

Erster Beigeordneter Althoff macht darauf aufmerksam, dass diese Aufstellung auf Seite 277 im Haushaltsplan zu finden sei.

Herr Vorkamp weist auf die Leitziele auf den Seiten 21 und 22 im Entwurf des Haushaltsplans hin. Er sehe hier Ergänzungsbedarf, der in Gesprächen mit den Fraktionen und der Verwaltung zu Anpassungen der Zielvereinbarungen führen müsse. Dies betreffe z.B. die Themenfelder demographischer Wandel, CO2-neutrale Bauweise, umweltfreundliche Mobilität und digitale Stadt.

Erster Beigeordneter Althoff erwidert, dass entsprechende Gespräche in diesem Jahr stattfinden würden.

Produktgruppe 01.02 – Verwaltungsführung

2.5 Einrichtung einer Stabstelle CDO (Chief Digital Officer); Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019

A/2019/0168

Herr Vorkamp weist auf die herausragende Bedeutung des Themas Digitalisierung hin und erwarte hier eine Umsetzung und zügige Herangehensweise. Mit einer zusätzlichen Stelle des Chief Digital Officers, einer höheren Bewertung der Stelle und einer direkten Anbindung an den Ersten Beigeordneten, könnte dieser Mitarbeiter interdisziplinär agieren und die Prozesse deutlich beschleunigen.

Erster Beigeordneter Althoff führt aus, dass es bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie im Wesentlichen um operative Aufgaben gehe, die im Fachbereich ADV angesiedelt werden sollten. Würde man die Stelle, wie von Herrn Vorkamp vorgeschlagen, als Führungsstelle sehen, fehle der Unterbau zur Umsetzung.

Herr Rudde erläutert, dass sich durch die Digitalisierung Strukturen und Prozesse verändern würden. Für diese fachbereichsübergreifenden Entscheidungen benötige es eine Person, die mit Kompetenz ausgestattet sei, um diese Umstrukturierung anstoßen zu können.

Herr Vorkamp erklärt, dass es im Zweifelsfall zur Unterstützung des operativen Geschäfts im Fachbereich ADV einen zusätzlichen Mitarbeiter bedürfe und zudem die Stelle des Chief Digital Officers als Stabsstelle mit entsprechender Bezahlung eingereicht werde.

Bürgermeisterin Voß bestätigt, dass die zusätzliche Stelle mit strategischer Ausrichtung den Digitalisierungsprozess in jedem Fall nachhaltig positiv beeinflussen werde. Sie macht aber auch deutlich, dass die organisatorische Einordnung der Stelle des Chief Digital Officers nicht zu beschließen sei, da dies in die Organisationskompetenz der Bürgermeisterin falle.

Sie lässt im Folgenden über die Einrichtung einer Stelle (E 10) im Fachbereich ADV und eine Stelle (E 12) mit dem von der CDU beschriebenen Stellenprofil des Chief Digital Officers entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

12	Ja-Stimmen
8	Enthaltungen

Produktgruppe 01.06 – Personalmanagement

Herr Horst möchte wissen, ob im Rahmen des Vorschlagswesens bereits Ergebnisse erzielt und welche Prämien hierfür vergeben worden seien.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass es sich bei der Höhe der Prämien um recht geringe Beträge handle und dass etwa im Halbjahresrhythmus die Vorschläge ausgewertet würden. Aktuell stünden wieder Vorschläge zur Prämierung an.

Produktgruppe 01.09 – Datenverarbeitung

- Herr Vorkamp möchte Informationen zum Stand der Medienentwicklungsplanung an den Schulen.

Beigeordneter Leuker erwidert, dass aktuelle Informationen in der nächsten Sitzung des Schul- und Sportausschusses vorgestellt würden.

- Herr Dönnebrink beantragt die Einführung einer Bürger.app. Diese solle im Rahmen der Bürgerbeteiligung als Mängelmelder fungieren. Hierfür sollten Mittel i. H. v. 4.000 € im Haushalt 2019 bereit gestellt werden.

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass es bereits auf der städtischen Homepage das Beschwerdemanagementsystem "Sag's uns Ahaus" gebe und hier Mängel und Anliegen digital, auf einfachem Wege, gemeldet werden könnten.

Herr Kersting erwidert, dass es die logische Konsequenz der Digitalisierung sei, dass Apps benutzerfreundlich und mobil eingesetzt würden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Prüfauftrag an die Verwaltung abstimmen, ob die Einführung einer sog. Bürger-App sinnvoll und umsetzbar sei. Sofern man hier zu einem positiven Ergebnis komme, würden hierfür 4.000 € im Haushalt zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 01.10 - Immobilienwirtschaft

2.4 Anpassung der Verkaufspreise städtische Gewerbeflächen; Antrag der CDU-Fraktion vom 17.01.2019

A/2019/0166

Herr Vorkamp schlägt die Anpassung der Verkaufspreise für städtische Gewerbeflächen vor. Die Verwaltung solle prüfen, wie sich die Preisstruktur im Umfeld von Ahaus darstelle und dann der Politik einen Vorschlag zur Umsetzung vorstellen.

Bürgermeisterin Voß lässt hierüber abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

**2.13 Entwicklung eines Anreizsystems zur Förderung energie- und emissionsmindernder Wohn- und Gewerbebebauung auf städtischen Grundstücken;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019**

A/2019/0176

Herr Dönnebrink spricht sich für die Entwicklung eines Anreizsystems zur Förderung energie- und emissionsmindernder Wohn- und Gewerbebebauung auf städtischen Grundstücken aus. Es solle ein Katalog von der Verwaltung entwickelt werden, der ökologische Kriterien zusammenfasse. Beratend könne eine Fachfirma hinzugezogen werden, so dass man hier Mittel i.H.v. 10.000 € in den Haushalt einstellen solle.

Herr Benölken weist daraufhin, dass die Anforderungen für den Neubau bereits so enorm hoch seien, dass immer mehr Kosten auf die Bauwilligen zukämen. Dann solle man sich besser für die Altbausanierung stark machen.

Herr Vorkamp ergänzt, dass es bereits eine Vielzahl von Landes- und Bundesförderprogrammen für energieeffizientes Bauen gebe. Er sehe hier keinen Bedarf für ein kommunales Einschreiten.

Herr Lambers betont, dass die Kommune hier für die Umwelt aktiv werden könne, obschon es auf anderen Ebenen Fördermöglichkeiten gebe.

Herr Vorkamp hält fest, dass dieses Projekt zusätzliche Arbeit für die Stadtverwaltung bedeute und dass Steuergelder zur Förderung ausgegeben würden, die eigentlich auch von anderer Stelle fließen könnten.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen
13	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

**2.17 Umbaumaßnahmen an der Aabachschule;
Antrag UWG-Fraktion vom 22.01.2019**

A/2019/0180

Frau Schulte führt aus, dass an zahlreichen Grundschulen bereits Sanierungen, vor allem auch im Hinblick auf den Ganztagsbetrieb, durchgeführt worden seien. An der Aabachschule müssten neben der Sanierung der Toilettenanlagen weitergehende Maßnahmen erfolgen. Hierfür sollten 50.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Vorkamp weist auf den vorliegenden Gebäudezustandsbericht hin, in dem festgehalten worden sei, welche Maßnahmen in Planung seien. Er sehe hier keinen weiteren Bedarf, zusätzliche Mittel zur Verfügung zu stellen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen
11	Nein-Stimmen
6	Enthaltungen

**2.12 Prüfung zum Bau einer Turnhalle an der Pestalozzischule;
Antrag der SPD-Fraktion vom 16.01.2019**

A/2019/0175

Herr Dönnebrink erläutert, dass es für die Schülerinnen und Schüler an der Pestalozzischule lediglich zwei Räume für Fördermaßnahmen gebe. Auch der Hinweis auf die umliegenden Turnhallen sei auf Dauer keine Lösung, denn die Gesamtschule werde in Zukunft einen weiter steigenden Bedarf haben. Er beantrage daher in Absprache mit dem Kreis Borken die Möglichkeiten für den Bau einer Turnhalle auf dem Gelände der Pestalozzischule zu prüfen. Für Planungskosten seien 40.000 € in den Haushalt einzustellen. Fördermöglichkeiten durch Landesmittel sollten ggf. geprüft werden.

Herr Benölken weist auf die zahlreichen Projekte der Immobilienwirtschaft hin. Es gebe für das Jahr 2019 Prioritäten in den Kategorien 1 bis 3. Ein solcher Prüfauftrag würde wieder Kapazitäten in der Bauverwaltung binden. Man solle darüber nachdenken, ob eine solche Prüfung nicht im nächsten oder übernächsten Jahr stattfinden könne.

Herr Vortkamp plädiert dafür, nicht den kostspieligen Bau einer Turnhalle zu prüfen, sondern die Aufwertung der vorhandenen Förderräume anzustreben.

Herr Kersting stellt sich die Frage, ob es tatsächlich einen Raumbedarf für Turnhallen an den beiden Schule gebe. Außerdem sei im Anbetracht der Tatsache, dass an anderer Stelle Sanierungsbedarf bestehe, gut zu überlegen, wo vorrangig Gelder einzusetzen seien.

Frau Schulte betont, dass aufgrund des Ganztagsbetriebes an den Schulen, die Sporthallen bis 16 Uhr belegt seien und so auch die Vereine grundsätzlich große Schwierigkeiten hätten, Hallenkapazitäten zu bekommen.

Herr Dönnebrink hält fest, dass mit der Pestalozzischule eine Schwerpunktschule "Schule des gemeinsamen Lernens" errichtet werde. Da dürfe es keine Frage der Kapazitäten des Baubereichs der Stadt sein, ob die Notwendigkeit für eine Sporthalle an diesem Standort gebe.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass man sicherlich prüfen könne, wie sich insbesondere in Zukunft der Bedarf an Sporthallen darstelle. An der Pestalozzischule gebe es einen deutlich steigenden Betreuungsbedarf, der auch einen räumlichen Mehrbedarf auslöse. In Abstimmung mit dem Kreis Borken solle geprüft werden, ob dieser auch im benachbarten Gebäude der heutigen Overbergschule gelöst werden könne. An der Overbergschule gebe es derzeit einen erhöhten Betreuungsbedarf, so dass in Abstimmung mit dem Kreis Borken geprüft werden müsse, wie dieser gedeckt werden könne. Von Seiten der Pestalozzischule sei bislang kein zusätzlicher Bedarf formuliert worden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

7	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

**2.11 Bezahlbarer Wohnungsbau;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2019**

A/2019/0174

Herr Dönnebrink führt aus, dass es neben dem sozialen Wohnungsbau auch wichtig sei, bezahlbaren Wohnungsbau zu ermöglichen, insbesondere für junge Familien mit Kindern. Der Antrag gehe dahin, die Verwaltung zu beauftragen, entsprechende Konzepte auszuarbeiten.

Herr Benölken erwidert, dass man in Ahaus bereits Wohnflächen zu günstigen Konditionen vorhalte. So würden beispielsweise die Wohnbaugrundstücke zu Selbstkostenpreisen vermarktet.

Herr Horst verweist darauf, dass der Neubau eines Einfamilienhauses derzeit bei durchschnittlich 400.000 € liege, so dass eine kommunale Förderung, die es nur in überschaubaren Rahmen geben könne, nicht dazu führen werde, dass sich junge Familien dann ein Eigenheim leisten könnten. Durch öffentliche Mittel von Bund oder Land, z.B. durch das Baukindergeld, gebe es bereits Leistungen, die bei der Schaffung von Eigentum ansetzten. Bei der Ausschreibung zum sozialen Wohnungsbau habe es von Investorensseite eine sehr geringe Nachfrage gegeben und das sei auch hier zu erwarten.

Erster Beigeordneter Althoff gibt zu bedenken, dass es bei einer möglichen Einführung keinerlei Kriterien gebe, die man für die Umsetzung zu Grunde legen könne. Vielmehr werde der Aufwand für diese Zuschüsse einen enormen Verwaltungsaufwand mit sich bringen.

Herr Terhalle merkt an, dass es bei den Überlegungen zu günstigerem Bauen wichtiger sei, im Rahmen der Gestaltung von Bebauungsplänen weitergehende Möglichkeiten auszuschöpfen. Hierzu könnte das genossenschaftliche Bauen zählen, aber auch die Zulassung von unterschiedlichen Gestaltungsformen.

Bürgermeisterin Voß tendiert ebenfalls dazu, praktische Lösungen anzustreben. Hierzu zähle aus ihrer Sicht beispielsweise auch die viel diskutierte Hinterlandbebauung großer Grundstücke. Aus ihrer Sicht sei dieser Weg besser, als die Entwicklung aufwendiger Konzepte. Anschließend lässt sie über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

5	Ja-Stimmen
10	Nein-Stimmen
5	Enthaltungen

- Herr Horst beantragt für den Fachbereich Immobilienwirtschaft die Stelle eines Kostencontrollers bzw. die Möglichkeit der Qualifizierung eines Mitarbeiters für diesen Aufgabenschwerpunkt. Es gehe ihm nicht um eine zusätzliche Stelle. Grund seien die häufig vorkommenden Kostensteigerungen bei Bauprojekten, die nicht nachvollzogen werden könnten.

Herr Dönnebrink verweist darauf, dass der Fachbereich Immobilienwirtschaft laufend aktuelle Zahlen zu den unterschiedlichen Bauprojekten liefere, so dass jeder über den Stand und die Entwicklung der Kosten informiert sei.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass im Abstand von vier Wochen eine Baubesprechung mit allen Betroffenen durchgeführt würde, in der der Einhaltung der Kosten und der Bauzeiten ein besonderer Augenmerk gelte. Natürlich sei man immer bestrebt, die Gesamtkosten einzuhalten, d.h. Mehrkosten an der einen Stelle durch Minderkosten an anderer Stellen auszugleichen. Die aktuell steigenden Baupreise stellten eine zusätzliche Schwierigkeit dar.

Herr Kersting sieht das Problem eher in der Kostenschätzung der Verwaltung und hinterfragt, wie realistisch diese Planzahlen angesetzt würden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimme
17	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

- Herr Horst beantragt die Einführung eines sog. "Brachenflächenkatasters", d.h. in dem Grundstücke aufgeführt würden, die ggf. zur weiteren Nutzung zur Verfügung stünden.

Beigeordneter Beckmann verweist darauf, dass ein Kataster erstellt worden sei, dem Freiflächen zu entnehmen seien. Daher seien vorhandene Brachflächen bekannt, wobei für die weitere Verwertung die Eigentümersituation ausschlaggebend sei.

Bürgermeisterin Voß stellt fest, dass der Antrag damit erledigt sei.

- Herr Horst beantragt für die Außenraumgestaltung der Gesamtschule ebenfalls den Parkplatz an den Fußballplätzen von Eintracht Ahaus mit einzubeziehen. Die Parkplätze sollten so hergerichtet werden, dass es Anreize gebe, von hier zum Schulgelände zu gelangen, z. B. durch die Nutzung von E-Bikes. Somit könnte der An- und Abreiseverkehr direkt an der Schule deutlich minimiert werden. Auch Lehrer könnten hier parken. Dies solle aus seiner Sicht allerdings kostenneutral erfolgen, d.h. die geplanten Gesamtkosten i.H.v. 1,1 Mio. € sollten nicht erhöht werden.

Herr Dönnebrink gibt zu Bedenken, dass viele den kürzesten Weg bevorzugen und nicht den 400m entfernt liegenden Parkplatz nutzen würden.

Beigeordneter Beckmann sieht für den Parkplatz an den Sportplätzen weniger die Funktion eines "Kiss-and-Ride"-Parkplatzes, denn Eltern würden wohl tatsächlich ihre Kinder eher direkt an der Schule absetzen, als hier. Allerdings könnte der Parkplatz für Dauerparker, z.B. künftige Oberstufenschülerinnen und -schüler interessant sein.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag, Maßnahmen zur Steigerung der Nutzungsattraktivität des Parkplatzes an den Sportplätzen in Zusammenarbeit mit der Gesamtschule zu entwickeln, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 01.11 – Baubetriebshof

Herr Rudde merkt an, dass mittelfristig gesehen werde, dass am Baubetriebshof eine weitere Führungsebene geschaffen werden solle. Dies insbesondere im Hinblick auf zusätzliche Aufgaben wie Straßenreinigung.

Herr Beckmann bestätigt, dass es mit der vorhandenen Organisationsstruktur, eine Führungskraft mit 50 Mitarbeitern, perspektivisch gesehen schwierig werden könne. Es gebe Überlegungen, z.B. das Aufgabenspektrum, in Straßenbau/ Straßensanierung und Grünpflege klar aufzuteilen. Sollte die Straßenreinigung als Aufgabe hinzukommen wäre spätestens der Zeitpunkt erreicht, dass neue Strukturen geschaffen werden müssten.

Produktgruppe 04.03 – Stadtbibliothek

- Herr Vorkamp spricht die Kennzahlen zur Stadtbibliothek an. Er frage sich, warum die Anzahl der Veranstaltungen im Jahr 2016 so hoch gewesen und im Jahr 2017 wieder deutlich abgefallen sei.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass im Jahr 2016 eine Vielzahl von Veranstaltungen in der Übergangsbücherei an der Wessumer Straße gemacht worden seien, um den Standort bekannter zu machen und zum Schluss hin, Bücher und sonstigen Medien zu verkaufen, um mit möglichst wenigen Exemplaren in die neue Bibliothek umziehen zu können.

- Herr Herickhoff erkundigt sich nach den Besucherzahlen der Stadtbibliothek seit der Erweiterung der Öffnungszeiten.

Beigeordneter Leuker verweist auf die Absprache, dass die Probephase zunächst ein Jahr laufen werde, bevor die Zahlen analysiert würden.

Produktgruppe 05.01 – Soziale Leistungen

- Herr Horst möchte wissen, ob die Kosten für die Hausmeister, die für die Flüchtlingsunterkünfte über Zeitarbeitsfirmen eingesetzt worden seien, deutlich höher gewesen seien, als die Kosten für eigenes Personal.

Beigeordneter Leuker verdeutlicht, dass diese Kräfte von Zeitarbeitsfirmen lediglich beschäftigt worden seien, um Spitzen abzufangen, bei denen die vorhandenen, eigenen Kapazitäten nicht ausgereicht hätten. Bei den nachlassenden Flüchtlingszahlen hätte man auf diese Kräfte verzichten können.

- Herr Benölken spricht die ehemalige Flüchtlingsunterkunft an der ehemaligen Knochenmühle an. Seit dem Brand stünden die Container leer und seien ein Schandfleck. Hier müsse die Containerfirma zur Abholung herangezogen werden.

Beigeordneter Beckmann stimmt Herrn Benölken zu und bestätigt, dass das Unternehmen beauftragt sei, die Container abzuholen, man warte hierauf.

Produktgruppe 06.01 – Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen

2.6 ErzieherInnen von hauswirtschaftlichen Tätigkeiten entlasten - Qualität in den Kitas steigern;

Antrag der SPD-Fraktion vom 15.01.2019

A/2019/0169

Herr Dönnebrink beantragt für die kommenden drei Haushaltsjahre, jeweils 60.000 € in den Haushalt einzustellen, um damit in den Kindertageseinrichtungen unterstützende Kräfte einzustellen, die die hauswirtschaftlichen Tätigkeiten von den Erzieherinnen übernehmen. Sollte es künftig hierfür Landesmittel geben, sollten diese verrechnet werden.

Herr Leuker kann bestätigen, dass momentan vielfach auch das pädagogische Personal mit in die Übermittagsversorgung der Kinder einbezogen werde. Man sei aktuell gespannt, wie sich die Planungen zum Kinderbildungsgesetz (KiBiZ) entwickelten. Der Personalschlüssel solle wohl deutlich aufgeweicht und die Beträge erhöht werden. Bis zum Ende des Jahres

erwarte man die Gesetzesverabschiedung. Bei einem vorgeschlagenen Jahresbudget von 60.000 € stünden jeder Kita-Gruppe in Ahaus pro Jahr 740 € zu. Eine Forderung für entsprechende Gelder von Seiten der Träger der Kitas habe es bislang nicht gegeben. Dementsprechend bitte er darum, zunächst die Regelungen des neuen KiBiZ abzuwarten.

Herr Vorkamp warnt davor, zu diesem Zeitpunkt, an dieser Stelle einen Alleingang zu machen. Bislang sei es gut gepflegte Praxis, kreisweit einheitliche Lösungen umzusetzen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

4	Ja-Stimmen
13	Nein-Stimmen
3	Enthaltungen

Produktgruppe 08.01 – Bereitstellung und Betrieb von Sportanlagen

Herr Vöcking merkt an, dass der dritte Sportplatz in Wüllen in einem sehr schlechten Zustand und wohl nicht bespielbar sei. Er möchte wissen, was hier geplant sei.

Beigeordneter Beckmann schildert, dass dies der Verwaltung bekannt sei. Momentan könnten aufgrund der Witterung keine Maßnahmen ergriffen werden. Sobald sich das Wetter verbessere, werde der Baubetriebshof die Vielzahl an Maulwurfhaufen beseitigen, die Fläche walzen und Gras neu einsähen.

Produktgruppe 09.01 – Stadtentwicklungsplanung

2.3 Bereitstellung von Mitteln für die Planung und Realisierung von Bau- und Stellplätzen für Tiny Houses;

Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019 A/2019/0165

Herr Kersting beantragt, für die Planung und Realisierung von Bau- und Stellplätzen für Tiny Houses Planungskosten i.H.v. 10.000 € in den Haushaltsplan einzustellen.

Herr Dönnebrinkt stellt klar, dass im Rat entschieden worden sei, dass die Verwaltung zunächst den grundsätzlichen Bedarf an Tiny-House-Siedlungen ermitteln solle, bevor mit der konkreten Planung begonnen werde.

Herr Kersting konkretisiert, dass die 10.000 € für eine Vor-ab-Studie durch ein externes Büro genutzt werden sollten, da er sehe, dass die Verwaltung aufgrund der Vielzahl sonstiger Projekte keine Kapazitäten habe, zeitnah und intensiv die Bedarfssituation zu erheben.

Herr Horst macht den Vorschlag, in Zusammenarbeit mit einer Universität oder Fachhochschule durch einen studentischen Wettbewerb Lösungsvorschläge entwickeln zu lassen. Hier könnten die 10.000 € als Anschubfinanzierung gesehen werden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen
16	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

2.7 Stadtentwicklungskonzept "Ahaus 2035"; Antrag der SPD-Fraktion vom 13.01.2019

A/2019/0170

Herr Dönnebrink schlägt vor, ein Stadtentwicklungskonzept "Ahaus 2035" zu erarbeiten. Die Ziele des Haushaltes gäben lediglich den Status quo wider oder einen Ausblick für die nächsten zwei Jahre. Um die Zukunft besser planen zu können, müssten längerfristige Ziele erarbeitet werden. Aufgrund zahlreicher Anforderungen müsse man sich dem Thema konzeptionell nähern. Er beantrage hierfür in den Haushalt 100.000 € einzustellen.

Herr Vorkamp erklärt, dass sich für ihn nicht erschließe, wofür die 100.000 € verwandt werden sollten. Ihm sei der Antrag zu unkonkret. Darüber hinaus müsse man sich einmal die Vielzahl der laufenden Planungen, die allesamt zukunftsorientiert seien vor Augen führen: Regionalplan, Flächennutzungsplan, Wettbewerb Wallstraße, Radwegeplanung, Verkehrsplanung für die gesamte Stadt, Spielraumplanung, Freiraumplanung, Schlossumfeld, Parkraumkonzept, Kinder- und Jugendförderplan sowie Digitalisierung. Er frage sich, welche grundsätzlichen Überlegungen darüber hinaus angestrebt werden sollten.

Herr Kersting verweist auf die Dorfentwicklungs- und Dorffinnenentwicklungskonzepte, die sehr gute Beispiele für moderierte Prozesse unter aktiver Beteiligung der Bürger, seien. Die Vorgehensweise habe sich bewährt und sei vorstellbar, ggf. könne man hier auch Fördermittel für eine externe Begleitung generieren.

Bürgermeisterin Voß fasst zusammen, dass es in Ahaus zahlreiche zukunftsorientierte Vorhaben und Projekte gebe. Sollte eine "Vision 2035" erarbeitet werden, würden diese und weitere Konzepte zu begutachten sein, das sei mit einem großen Aufwand für die Verwaltung, insbesondere für den Fachbereich Stadtplanung, verbunden. Sie schlage vor, zunächst im Rahmen von Zielvereinbarungsgesprächen konkreter in die Diskussion einzusteigen. Hierüber lässt sie abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 10.02 – Denkmalschutz und Denkmalpflege

Herr Dönnebrink beantragt die Erstellung eines jährlichen Denkmalschutzberichts seitens der Verwaltung. Sollten hierfür Leistungen eingekauft werden müssen, sollten hierfür 10.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Rudde fragt an, ob nicht der Denkmalschutzbericht als Anlage dem Gebäudezustandsbericht beigelegt werden könnte.

Beigeordneter Beckmann führt aus, dass es in Ahaus insgesamt 120 geschützte Denkmäler in Ahaus gebe, privat und in städtischem Eigentum. Wie hoch der Sanierungsaufwand bei Denkmälern sei, könne im eigenen Haus nicht geklärt werden, vor allem hätte auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe als Denkmalbehörden ein hohes Interesse, hierbei eingebunden zu werden. Kosten würden demnach für einen solchen Bericht anfallen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 12.01 – Öffentliche Verkehrsflächen

2.1 Bereitstellung von Mitteln für den Ausbau und die Verbesserung der Radwege in der Stadt Ahaus;
Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019 A/2019/0163

2.9 Gesamtanalyse Fahrradwege in der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019 A/2019/0172

Es wird vereinbart, dass die sehr ähnlich lautenden Anträge zusammen beraten werden.

Herr Kersting spricht an, dass bestehende Radweg begutachtet werden müssten, um sie dann anschließend in einen besseren Zustand zu versetzen. Hierfür sollten 50.000 € in den Haushalt eingestellt werden.

Herr Vorkamp verweist auf die Wirtschaftswege, die kontinuierlich durch Begehungen in Augenschein genommen würden und dann ausgebessert würden. Dies sei möglicherweise auch eine Vorgehensweise für die Radwege.

Herr Dönnebrink plädiert dafür, zunächst einen Zustandsbericht der Radwege zu bekommen, bevor Mittel für die Instandsetzung verplant würden.

Herr Benölken merkt an, dass auch die landwirtschaftlichen Wege begutachtet und dann in die Kategorien 1 bis 3, je nach Notwendigkeit der Instandsetzung, eingeteilt würden. Die Priorisierung der Maßnahmen habe sich als sehr sinnvolles Instrument erwiesen.

Herr Frankemölle regt an, neben den Fahrradwegen auch die Gehwege mit zu betrachten.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, zunächst einen Zustandsbericht durch den Fachbereich Tiefbau und Entsorgung erstellen zu lassen. Zusätzliche Haushaltsmittel würden hierfür zunächst nicht eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

2.10 Verbesserung der Parkflächen am AquAHAUS;
Antrag der SPD-Fraktion vom 17.01.2019 A/2019/0173

Herr Dönnebrink erklärt, dass sich viele Bürgerinnen und Bürger über den Zustand des Parkplatzes am AquAHAUS beschwerten. Dies liege an der geschotterten Fläche, die gerade bei Regenwetter mit Pfützen übersät sei. Hierfür beantrage er 40.000 € in den Haushalt einzuplanen.

Erster Beigeordneter Althoff verweist darauf, dass die Ahauser Energiedienstleistungsgesellschaft (AED) Pächter der Parkfläche und somit auch für die Instandhaltung verantwortlich sei. Man könne hier ggf. darüber nachdenken, seitens der Stadt einen Zuschuss an die AED zu vergeben.

Herr Dönnebrink zieht den Antrag zurück und wird ihn in den Gremien der AED erneut vorbringen.

- Herr Frankemölle bittet darum, die Barler Straße sicherer zu machen.

Erster Beigeordneter Althoff antwortet, dass hierfür Mittel im Haushalt eingeplant seien.

- Beigeordneter Beckmann gibt zur Kenntnis, dass die Fördermaßnahme „Bau der Nordtangente“ zwischenzeitlich geprüft worden sei. Bei der Bezirksregierung Münster habe es mit der Rechnungsprüfung des Landes in der vergangenen Woche ein Gespräch zu den Ergebnissen gegeben. Mit den bislang eingeplanten 400.000 € für Rückzahlungsforderungen werde man wohl nicht auskommen, es würden voraussichtlich 550.000 € werden, zzgl. 25.000 € für Zinsen. Grund hierfür sein kein Verschulden der Stadt, sondern zum einen der Kostenvorteil zu Gunsten der Stadt bei dem Erdbodenaushub eines Regenrückhaltebeckens. Zum anderen seien für die Maßnahme zu viele Ökopunkte eingekauft worden. Hierfür müsse ein Betrag von 80.000 € erstattet werden. Die Punkte könnten aber für künftige Maßnahmen genutzt werden. Schließlich sei erstmalig in NRW festgestellt worden, dass Investitionen für abwassertechnische Anlagen im Zuge des Straßenbaus, hier bei der Straße Zum Riddebrocks Busch, grundsätzlich nicht förderfähig seien, da sie komplett durch die Abschreibung im Rahmen der Gebührenermittlung refinanziert würden. Auch der Bau der Lärmschutzwand sei nicht zwingend erforderlich gewesen, somit seien die Kosten hierfür auch nicht förderfähig. Außerdem seien Erstattungsbeträge über 30.000 € berücksichtigt worden, die nun ebenfalls zur Rückzahlung führten.

Produktgruppe 12.03 – Öffentlicher Personennahverkehr

2.15 Einrichtung einer Mobilitätsstation am Bahnhof;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019 A/2019/0178

Herr Löhring beantragt für die Planung und Errichtung einer Mobilitätsstation am Ahauser Busbahnhof einen Betrag von 10.000 € in den Haushalt einzustellen.

Herr Vorkamp hält es für sinnvoll, wenn neben Bus und Bahn, hier auch die Sharingpunkte für E-Autos und E-Bikes mit Ladesäulen eingerichtet würden.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass das geförderte LEADER-Projekt E-Car-Sharing derzeit in der Probephase stecke. Er schlage daher vor, diesen Zeitraum zunächst abzuwarten. Außerdem müsse vorab geklärt werden, wie die Entwicklung des gesamten Bahnhofsumfeldes aussehe.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag abstimmen. Hierfür würden 10.000 € mit einem Sperrvermerk im Haushalt eingeplant.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.16 Leasing von zehn E-Bikes;

Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019 A/2019/0179

Herr Löhring schlägt vor, für eine Probephase von 3 bis 5 Jahren zehn E-Bikes zu leasen, die dann an einigen Standorten in Ahaus und den Ortsteilen zur Nutzung zur Verfügung stünden.

Herr Kersting weist darauf hin, dass es sich um wirtschaftliche Betätigung handle, wenn die Vermietung der Fahrräder kostenpflichtig sei.

Erster Beigeordneter Althoff könne sich vorstellen, hier eine Kooperation mit den Stadtwerken einzugehen. Hier gebe es sowohl beim Bezahlssystem als auch bei der Ladeinfrastruktur Kompetenzen und Erfahrungswerte.

Herr Kersting betont, dass es eines tragfähigen Konzepts bedürfe, bevor man sich vorschnell auf eine grundsätzlich gute Idee einlasse.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, inwieweit eine Umsetzung möglich sei und ob Kooperationen mit Partnern eingegangen werden könnten, abstimmen. Haushaltsmittel würden hierfür zunächst nicht eingeplant.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

Produktgruppe 13.01 – Öffentliches Grün

2.2 Bereitstellung von Mitteln für ein Baumpflanzprogramm 2019; Antrag der UWG-Fraktion vom 09.01.2019

A/2019/0164

Herr Kersting beantragt für Ersatz- und Neupflanzungen von Bäumen auf städtischem Grund im gesamten Stadtgebiet 50.000 € in den Haushalt einzustellen. Hierbei sollten u.a. auch Bäume geplant werden, die schon eine angemessene Größe hätten.

Herr Benölken fragt an, wie viel Geld im Haushalt für laufende Pflanzmaßnahmen vorhanden sei.

Bürgermeisterin Voß informiert, dass dies 25.000 bis 30.000 € jährlich seien, wobei dieser Betrag nicht die Neuanpflanzungen bei größeren Bauprojekten umfasse.

Herr Benölken macht darauf aufmerksam, dass es wohl nicht mehr gelingen könne, innerhalb der kommenden Pflanzzeit, die bis Ende April gehe, für den genannten Wert Bäume zu pflanzen. Man solle die Zeit nutzen bis zur nächsten Pflanzperiode ab November 2019, um zu prüfen, wo diese Bäume ihren Platz finden könnten.

Herr Rudde spricht den Waldklimafond des Bundes an, der sich mit Anpflanzprojekten befasse. So könne ggf. eine Fördermöglichkeit genutzt werden.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Auftrag an die Verwaltung, zu prüfen, ob es geeignete Standorte für die Anpflanzung von Bäumen im Stadtbild gebe, abstimmen. Geprüft werden solle außerdem, ob es Fördermöglichkeiten für diese Anpflanzungen gebe. Sofern die Bäume noch in diesem Jahr bestellt werden müssten, werde eine Verpflichtungsermächtigung i.H.v. 50.000 € in den Haushalt eingestellt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmiger Beschluss

**2.8 Sauberkeit der Stadt Ahaus;
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2019**

A/2019/0171

Herr Lambers plädiert dafür, in dem Produktbereich 13.01 die Kürzung von 95.000 € für Sach- und Dienstleistungen nicht vorzunehmen. Der Baubetriebshof solle durch die zweckgebundenen Mittel in die Lage versetzt werden, sich mehr um die Sauberkeit im Stadtgebiet zu kümmern.

Herr Beckmann schränkt ein, dass diese zusätzlichen Arbeiten mit dem eigenen Personal des Baubetriebshofs nicht umgesetzt werden könnten. Die Aufgabe müsste fremdvergeben werden.

Abstimmungsergebnis:

16	Ja-Stimmen
1	Nein-Stimme
3	Enthaltungen

Aufgrund der vorangeschrittenen Uhrzeit und der Anzahl der noch offenen Tagesordnungspunkte beendet Bürgermeisterin Voß die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Die Sitzung wird am 07.02.2019 fortgesetzt.

Karola Voß
Vorsitzende

Doris Zevenbergen
Schriftführerin